

Jürgen Leibiger

Marx oder Keynes – oder beide?

I. Krise des Marxismus und Keynes-Revival?

Die Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Marxscher Kritik der politischen Ökonomie und Keynesscher Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes ist nicht neu und ihre Bibliografie, beginnend schon kurz nach der Veröffentlichung von Keynes' Hauptwerk 1936, wäre von beträchtlichem Umfang. Warum wird sie gerade heute erneut aufgeworfen? Gibt es etwa theoretische Neuigkeiten zu vermelden? Sind neue Manuskripte entdeckt worden? Ist das Feld nicht längst abgegrast? Lässt sich noch viel mehr feststellen, als dass es Ähnlichkeiten in bestimmten theoretischen Aussagen und Schlussfolgerungen gibt und im Übrigen Marx Keynes nicht kennen konnte und Keynes Marx nicht kennen wollte? Die Antwort lautet: Die Linke befindet sich an einem geschichtlichen Scheideweg. Sie vergewissert sich ihrer theoretischen Quellen und sichtet die Arsenale. An den beiden größten Ökonomen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts ist dabei kein Vorbeikommen. Drei Aspekte der Situation zumindest hinsichtlich der Ökonomie seien angesprochen.

Erstens. Der Marxismus befindet sich, trotz des neuerdings konstatierten Marx-Revivals (Spiegel 2005, 98), insgesamt in einer Krise. Diese Krise ist nicht nur Folge des Kollaps' des realen Sozialismus und der Schwächung der traditionellen Arbeiterbewegung und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung, sondern auch der Theoriesituation. Obwohl viele der Marxschen Analysen sich in bestechender Weise als nach wie vor zutreffend erweisen, auf jeden Fall wohl mehr, als bei jedem beliebigen anderen sozialwissenschaftlichen Autoren seines Jahrhunderts, haben sich doch bestimmte ökonomischen Voraussagen nicht bewahrheitet. Einige seiner Theorien, nicht zuletzt die für sein Werk zentrale Arbeitswert- und Mehrwerttheorie, erwiesen sich im Lichte moderner Theorienkritik und aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen teilweise als renovierungsbedürftig, was in erbittert geführte Debatten mündete. Und mancher ehemaliger Marxist wird nach dem Scheitern des sich auf Marx berufenden realen Sozialismus dessen Theorie als Ganzes verworfen und sich auf die Suche nach einem neuen Bezugspunkt begeben haben.

Zweitens. Wir sind Zeugen und Mitwirkende einer politischen Koordinatenverschiebung, die sich zum Beispiel im Austritt von Sozialdemokraten aus ihrer

Partei, in der Formierung der WASG und in den Bemühungen zur Schaffung einer Linkspartei manifestiert. Die sich lange Zeit unter anderem auf Keynes berufende Sozialdemokratie wendet sich von ihm ab und propagiert einem "dritten Weg". "Manche Politiker – formulierte Anthony Giddens jüngst – haben keynesianische Lösungen sowohl hinsichtlich der Reform des Europäischen Sozialmodells als auch hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa vorgeschlagen. Warum aber sollte ein Ansatz, der auf nationaler Ebene überall fehlgeschlagen ist, plötzlich auf transnationaler Ebene funktionieren?" (Giddens 2003, 10). Natürlich ist die sozialdemokratische Wende nicht allein an ihrem Verhältnis zu Keynes festzumachen, aber ein Symptom dafür ist es allemal. Für manchen ehemaligen Sozialdemokraten, der sich jetzt plötzlich an der Seite der Linkspartei.PDS wiederfindet, ist diese Bewegung ohne Keynes nicht denkbar. Und für nicht wenige der in der DDR sozialisierten PDSler stellt sich überhaupt erst mal die Frage, wer eigentlich Keynes ist, den da die neuen Partner mitbringen, oder – noch problematischer – ob und wie sich der Bezug auf einen bürgerlichen Ökonomen wohl mit ihrem Marxverständnis vertragen soll.

Drittens. Gelegentlich wird heute eine Krise des Neoliberalismus konstatiert; Hobsbawm sprach schon 1998 vom "Tod des Neoliberalismus" (Hobsbawm 1999, 7). Dies wurde an der Ablösung konservativer Regierungsparteien, am Linksruck in Südamerika, der vielleicht am meisten vom Neoliberalismus heimgesuchten Region, an einem gewissen Wandel des neoliberalen Washington-Consensus und der Kreditvergabe durch IWF und Weltbank, an der Flexibilisierung der Maastrichtkriterien und anderem festgemacht. Der Keynesianismus scheint Aufwind zu bekommen, international wird er in der Form des Neu-Keynesianismus sogar als der Mainstream bezeichnet (Hein 2003, 12). Vor zwei Jahren veranstaltete das Münchner ifo-Institut gemeinsam mit der Venice International University eine Konferenz zum Thema: "The Revival of Aggregate Demand Policies – Back to Keynes?" (Venice Summer Institute 2004). Deutschland ist von dieser Bewegung anscheinend wenig berührt und Professor Bofingers Meinung bleibt im Sachverständigenrat ein Minderheitsvotum. Gustav Horn, einer der letzten Keynesianer an einem renommierten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut musste dieses verlassen. Aber ob dieses dogmatische Klima aufrecht erhalten bleiben kann, ist offen. Falls es also ein keynesianisches Revival geben sollte – wie steht die Linke dann zum neuen Mainstream?

II. Varianten des Keynesianismus

Wovon reden wir eigentlich, wenn wir "Keynesianismus" sagen? Es gibt keinen einheitlichen Gebrauch der entsprechenden Begriffe und Attribute. Ich möchte hier keinen geschichtlichen Abriss geben, deshalb nur ein Beispiel: Der Nobelpreisträger Samuelson wird häufig als Keynesianer eingeordnet. Doch 1967, in der 7. Auflage seiner "Economics" beschrieb er sein Herangehen als "neoklassical synthesis" (Samuelson 1967: S. 351). Zu jener Zeit war er der Hauptgegner von Joan Robinson, einer englischen Post-Keynesianerin, in der so genannten Cambridge-Debatte der sechziger Jahre, wo er eine lupenreine neoklassische Position vertrat. Später, Mitte der achtziger Jahre bezeichnete er den Post-Keynesianismus als den Mainstream (Samuelson: 1987, 518) und fühlte sich wohl auch als dessen Hauptvertreter. Heutige Post-Keynesianer wie Paul Davidson in den USA oder die KollegInnen des Marburger Instituts für Wirtschafts- und Politikforschung würden jedoch seine Einordnung in die post-keynesianische Schule meines Erachtens mit Recht zurück weisen. Die neueste Ausgabe seines Lehrbuchs (Samuelson 2005) ist nach wie vor voller Bezüge zu Keynes, aber der Begriff Post-Keynesianismus taucht nicht mehr auf und er erweist nahezu allen modernen neoklassischen Schulen seine Referenz. Für Joan Robinson war er nie ein wirklicher Keynesianer; er fiel unter die Kategorie des "Bastard-Keynesianismus", einer das Anliegen von Keynes verfälschenden Version der Neoklassik.

Heute existieren mindestens zwei oder drei Varianten des Keynesianismus, weitere Differenzierungen nicht mitgezählt. Die einflussreichste Variante ist der so genannte *Neu-Keynesianismus*. Er ist eine Antwort auf die Kritik des Keynesianismus durch die Schule der rationalen Erwartung, die Chicago School und Friedmans monetaristische Gegenrevolution seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Angebots- und nachfrageorientierte Ansätze werden hier integriert und in gewisser Weise kann diese Variante als eine Fortführung der neoklassischen Synthese bezeichnet werden. Der Kern der Botschaft lautet: Märkte können zwar stabil sein, aber sind sie es unter bestimmten Bedingungen einmal nicht, hilft eine koordinierte Geld- und Fiskalpolitik und eine abgestimmte angebots- und nachfrageorientierte Politik. Damit erfolgt zwar eine Rehabilitation der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik; allerdings ist mit dieser Theorie zugleich die Forderung nach Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Abbau sozialstaatlicher Leistungen vereinbar. Wichtige Vertreter dieser Richtung sind Gregory Mankiw und Olivier Blanchard in den USA, in Deutschland zählt Gerhard Illing dazu.

Auf Keynes berufen sich zweitens die Vertreter des *Post-Keynesianismus*. Sie beziehen sich auch auf Joan Robinson, Nicholas Kaldor und Michael Kalecki, teilweise auch auf Pierro Sraffa oder Karl Marx. Im Unterschied zum Neu-Keynesianismus grenzen sie sich

streng von der neoklassischen Theorie ab. Dieser Post-Keynesianismus scheint mir in wiederum zwei Varianten zu existieren. Die eine Richtung ist schon von ihrem Gegenstand her auf die Frage nach Einkommen und Beschäftigung, Geld- und Fiskalpolitik konzentriert und enthält sich weitergehender Fragen nach den Systemeigenschaften und der historischen Einordnung des Kapitalismus. Die Abgrenzung zum Neu-Keynesianismus kann im Einzelfall schon schwierig sein. Eckhard Hein konstatiert: "Die wesentliche Differenz neu- und post-keynesianischer Modelle ist methodischer Natur." (Hein 2003, 164).

Die andere Richtung verknüpft die Frage der Beschäftigungspolitik und des Einkommens mit der langfristigen Perspektive des Kapitalismus. Die Realisierung des post-keynesianischen Reformprojekts wird als Schritt zu einer post-kapitalistischen Gesellschaft betrachtet. So konstatiert Karl Georg Zinn: "Ungeachtet Keynes' eigener Einschätzung der langfristigen Verträglichkeit seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen mit dem kapitalistischen System ergeben sich u.E. derart weit reichende Konsequenzen, dass von einer Systemtransformation gesprochen werden darf." (Zinn 2006, 2). Auch die Nähe zu Marx ist ein unverkennbares Merkmal dieser Ökonomen: Rudolf Hickel, der sich selbst als Keynesianer bezeichnet, hält Marx' "Analyse immer noch für die beste Anatomie des Kapitalismus" (Spiegel 2005, 100). "Keynes im Kopf und Marx im Herzen" lautet eine Maxime.

Als Vertreter des Post-Keynesianismus sind jene Theoretiker einzuordnen, die etwa drei Kriterien genügen: *Erstens* betonen sie, ausgehend von der Theorie der effektiven Nachfrage, die Keynes'sche Erkenntnis der dem kapitalistischen Marktmechanismus inhärenten Tendenz zu Instabilität, Unterbeschäftigung und zu einer schiefen Einkommensverteilung. Die Keynes'sche Formulierung, dass unter bestimmten Bedingungen doch wieder jene von der Neoklassik behaupteten Gesetze gelten, wird abgelehnt. *Zweitens* hegen sie eine unverkennbare Sympathie für die Interessen der abhängig Beschäftigten und für eine Reformierung des Kapitalismus bzw. für eine Wirtschaftspolitik, die den Namen sozial wirklich verdient. *Drittens* halten nahezu alle diese Theoretiker die Vollbeschäftigung für ein auch im Kapitalismus erreichbares Ziel und favorisieren zur Steigerung der Beschäftigung eine Wirtschaftspolitik mit folgenden Elementen:

- Ein Reallohnwachstum mindestens entsprechend der Produktivitätsentwicklung, was die Lohnquote konstant lässt;
- eine Umverteilung zugunsten niedriger Einkommen, um die durchschnittliche Sparquote zu senken, und die Konsumnachfrage zu stärken;
- eine Senkung der Arbeitszeit;
- eine staatliche Nachfragepolitik (Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen), die gegebenenfalls auch mittels öffentlicher Schuldtitel finanziert wird;

- eine Geldpolitik, die nicht einseitig auf Preisniveaustabilität, sondern auch auf hohe Beschäftigung ausgerichtet ist und
- eine makroökonomische Koordination von Geld- und Fiskalpolitik.

Die beschäftigungstheoretischen Grundlagen liegen – bei allen Unterschieden im Detail – in der Theorie der effektiven Nachfrage, nach der wachsende Einkommen mit einem psychisch bedingten abnehmenden Hang zum Verbrauch einhergehen. Dies gilt sowohl im Vergleich unterschiedlicher Einkommensklassen zum selben Zeitpunkt als auch im Zeitverlauf. Bezieher hoher Einkommen, Kapitaleigentümer, gleichen die Nachfragerlücke mit Investitionen nur ungenügend aus und im säkularen Trend gilt dies auch allgemein. Krisen und Arbeitslosigkeit sind also durch mangelnden Konsum bzw. langfristige Sättigung auf der einen und mangelnde Investitionen auf der anderen Seite verursacht.

III. Über Keynes hinaus

Obwohl die Realisierung des beschäftigungspolitischen Programms des Post-Keynesianismus zweifellos im Interesse der abhängig Beschäftigten liegt, die Erwerbslosigkeit vermindern kann und ein wichtiger Schritt in Richtung eines wieder stärker sozial verfassten Kapitalismus wäre, sollten doch einige problematische Seiten dieser Sicht nicht übersehen werden.

Erstens. Programm und Theorie können den Eindruck erwecken, dass bei einer richtigen nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik nicht nur klassenübergreifend alle gewinnen, sondern auch der Zyklus besiegt werden könne. Es gibt aber Eigenheiten des Kapitalismus, die immer wieder erneut zur Störung des Gleichgewichts und eines zeitweiligen Interessenausgleichs führen. Diese sind die Konkurrenz der Kapitale untereinander und die grundsätzlich im Widerspruch stehenden Interessen von abhängig Beschäftigten und Kapitaleigentümern. In den makroökonomischen Modellen wird der dem Einzelkapital innewohnende Antrieb, eine maximale Verwertung zu erzielen sowie die Notwendigkeit, gegenüber den Konkurrenten Verwertungsvorteile zu erringen, ausgeblendet. Eine schöpferische Zerstörung, wie Schumpeter das nannte, findet nicht statt. Die keynesianischen Unternehmer reagieren immer auf eine Nachfrage; sinkt diese, wofür eine zu hohe Sparquote und eine langfristig wirkende Bedürfnissättigung verantwortlich gemacht werden, sinken auch die Investitionen. Aber ein solch trauriges Bild geben die Kapitalisten nun wirklich nicht ab. Fehlt die Nachfrage wegen eines fehlenden Bedürfnisses, was macht das schon? Die Schaffung des Bedarfs ist Bestandteil der Investition; für entsprechende Kampagnen werden jährlich Milliarden ausgegeben. Wenn von einigen Autoren das schwache Wachstum seit Beginn der 1970er Jahre auf Sättigungstendenzen zurückgeführt wird, so

fragt sich, wieso die Sparquote seitdem keineswegs gestiegen, sondern im Gegenteil gesunken ist. Ist dann ein Bedarf und eine Nachfrage vorhanden, passen sich die Unternehmen nicht einfach an diese an. Vielmehr zwingt die Konkurrenz zu Investitionen, welche die Nachfrage übersteigen, weil erst dann die Marktsignale – sinkende Preise – vorliegen, die eine Reaktion erzwingen. Diese besteht in Kapitalzerstörung, erst durch Unterauslastung und später durch den Bankrott der schwächsten Unternehmen, bis ein Gleichgewicht für den Moment hergestellt ist. Die im Keynesianismus favorisierte "koordinierte Makropolitik" schneidet zwar im Hinblick auf höhere Beschäftigung besser ab, als die kontraproduktive, in sich widersprüchliche neoliberale Wirtschaftspolitik, aber da der privatkapitalistische, konkurrenzorientierte Antriebs- und Entscheidungsmechanismus weiter dominiert, bleiben die Effekte begrenzt.

Zweitens. Der Gegensatz zwischen Kapitaleigentümern und den abhängig Beschäftigten scheint in dieser Theorie keine bedeutende Rolle zu spielen; eine Lohnsteigerung hat für das Einzelkapital nicht unbedingt eine Verwertungseinbuße zur Folge, weil die Bestimmung des Profits vom so genannten Mark-up abhängt, einem vom Kapitaleigentümer selbst bestimmten Aufschlag auf die Gestehungskosten. Das heißt, die produktionsseitige Determination des Profits im Mehrwert und seine faktische Bestimmung im Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit, ökonomische Tatsachen, denen schwer auszuweichen ist, sind durch diese Theorie aus dem Zentrum der ökonomischen Analyse herausgerückt. Der Neuwert ist keine in der Produktion determinierte Größe, bei deren Distribution die einen verlieren, was die anderen gewinnen. Die Preispolitik der Unternehmen, die Fiskalpolitik des Staates und die Geldpolitik der Zentralbanken können so ausgelegt werden, dass der Verteilungskonflikt entschärft wird. Dies offenbart eine völlig andere Sichtweise im Vergleich zu Marx. Die Analyse bewegt sich ausschließlich auf der Preisebene, eine Wertebene gibt es nicht und wird auch nicht als relevant erachtet. Damit braucht es natürlich auch keine Arbeitswerttheorie und keine spezielle Theorie über die Bestimmung des Werts einer Ware Arbeitskraft. Die Argumentation auf der Ebene von Arbeitswerten wird von vielen – nicht allen – Post-Keynesianern als irreführend und als ein Dogma orthodoxer, gar vulgärer Marxisten und die Diskussion darüber häufig als "scholastisch" abgetan. (Laski 1987, 27)

Man könnte geneigt sein, viele Varianten keynesianischer Theorie als Kreislauftheorien ohne Wert zu bezeichnen. Hier liegt eine ihrer Schwächen, die weit in die Verteilungstheorie hineinreicht. Joan Robinson, die die ganze Frage der Preisrelationen ignorieren will und die Relevanz der Arbeitswerttheorie, ja einer Werttheorie überhaupt bestreitet, beklagt andererseits den Zustand, über keine Verteilungstheorie zu verfügen. (Robinson 1972, 9). Die Diskussion darüber ist allerdings keineswegs beendet, man kann sogar ein wachsendes Interesse an dieser Frage feststellen.

Drittens. Eine der objektiven Ursachen der Krise des Keynesianismus zu Beginn der siebziger Jahre, die sich in der Formel des "Abschieds vom Lord" ausdrückte, war die Globalisierung. Der Binnenmarkt und die Binnennachfrage sind für international agierendes Kapital des selben Landes nicht mehr allein wichtig; fehlt sie, kann das unter Umständen durch den Absatz auf äußeren Märkten ausgeglichen werden. Das heißt, die über höhere Löhne und steuerfinanzierte staatliche Ausgaben geschaffene höhere Binnennachfrage ist für diese Unternehmen nur nach der einen Seite, der Kostenseite hin, also negativ wirksam. Eine nur national orientierte keynesianische Nachfragepolitik kann also beschäftigungspolitisch unter Umständen ins Leere laufen. Zwar stellen sich die Zusammenhänge mit der steigenden Nachfrage auch auf globaler Ebene wieder her, aber wie sich dabei der Zeithorizont und die strukturelle Differenzierung darstellen, vermag niemand exakt zu sagen. Die Kosten dieser Politik dagegen sind für das Einzelunternehmen die sofort spürbare Wirkung.

Dies alles sind keine Argumente gegen eine Nachfragepolitik. Sie sind aber Achtungszeichen gegen eine Überschätzung der Wirksamkeit einer solchen Politik und mit Illusionen über die Möglichkeiten einer alternativen Politik im Kapitalismus ist niemandem geholfen. Bezüglich des letzten Arguments sollte klar geworden sein, dass ein nationaler Alleingang umso weniger Erfolg versprechend ist, je geringer die relative Bedeutung des Binnenmarkts für die Verwertung des einheimischen Kapitals ist. Dies verweist auch auf die differenzierten Interessen von weltmarktorientierten und mehr binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Hierin liegt zumindest einer der Gründe für die Hartnäckigkeit des angebotsorientierten Dogmas in Deutschland im Vergleich z.B. zu den USA; immerhin ist die Exportquote hier fast viermal so hoch wie dort.

IV. Über Marx hinaus

Was hat nun die von Marx her kommende ökonomische Theorie zu bieten? Auch wenn wir "Marx" sagen, stellt sich die Frage: Welcher Marx und welcher Marxismus? Meinen wir die Version, die bis zuletzt in den Lehrbüchern der DDR vertreten wurde, und die den Kapitalismus auf immer tiefere Stufen seiner allgemeinen Krise schlittern sah? Meinen wir – was gerade in Bezug auf krisen- und beschäftigungstheoretische Fragen von Bedeutung ist – eine Marxinterpretation auf Basis einer monetären oder einer substanzialistischen Werttheorie? Oder meinen wir einen Marxismus gänzlich ohne Wert- und Mehrwerttheorie? Bringen wir das Stabilitäts- und Beschäftigungsproblem mit der Überakkumulation, mit profit-squeeze oder eher mit dem Fall der Profitrate in Zusammenhang? Ich kann hier diese Differenzierungen im Detail nicht weiter verfolgen (vgl. z.B. die Übersicht von

Michael Heinrich in Altvater 1999, 188-220 oder bei Stockhammer 2005), aber letztlich kommen wir bei einer Positionsbestimmung nicht um die Diskussion dieser Fragen herum.

Der unfertige Charakter des Marxschen Werkes bedingt Leerstellen, Widersprüche und auch Fehler. Die Komplexität, innere Widersprüchlichkeit und historische Dynamik seines Gegenstandes geht über das in einem Menschenleben erstmals theoretisch erfass- und darstellbare wohl weit hinaus, zumal er nicht über die heute zur Verfügung stehenden empirischen, statistischen und mathematischen Methoden verfügte. Und schließlich standen ökonomische Realität und Theorie in den vergangenen über hundert Jahren nicht still. Neben vielem anderen leidet die marxistische Ökonomie aus heutiger Sicht auch daran, dass Marx von der unaufhaltsamen und stetigen Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche ausging. Er verwendete deshalb nicht viele Gedanken auf eine den Arbeiterinteressen, und womöglich sogar aus einer Regierungsposition heraus, verpflichteten Wirtschaftspolitik im Kapitalismus, so sehr er auch Fortschritte in deren Interesse für notwendig und möglich hielt. Es ist interessant, wie Marx in seinen Briefen den Wirtschaftskrisen seiner Zeit entgegenfeuerte, konnte er doch, wenn er sie nicht schon für den endgültigen "Kladderadatsch" hielt – was bis in die 1860er Jahre wohl der Fall war –, daran zumindest seine Theorien prüfen. Auf die Idee zu fragen, wie die Wirtschaftspolitik oder Arbeiterklasse stabilisierend wirken könnten, kam er dabei nicht. Diesem Grundgestus blieben auch seine Schüler im zwanzigsten Jahrhundert verbunden: Wozu eine differenzierte wirtschaftspolitische Strategie im Interesse der Arbeiter im Kapitalismus ausarbeiten, wenn sich ihre Lage sowieso nicht grundsätzlich ändern lässt und die Beseitigung oder der Zusammenbruch des Kapitalismus unmittelbar bevorsteht und sich sogar schon vollzogen hat?

Aber wenn wir Marx' Anatomie des Kapitalismus in vielen wesentlichen Teilen für nach wie vor zutreffend halten, dann lässt sie sich in aktualisierter und entwickelter Gestalt auch für die Begründung einer Wirtschaftspolitik im Kapitalismus nutzen. Also: Marx nicht nur im Herzen, sondern auch im Kopf. Eines scheint mir dabei wesentlich zu sein: Reduziert man diese Frage auf das Problem der Beschäftigung, der Einkommensverteilung und der Stabilisierungspolitik, also die hauptsächliche Fragestellung von Keynes, der mit der Lösung des Beschäftigungsproblems die soziale Frage überhaupt gelöst sah, so springt man zu kurz. Politische und emanzipatorische Schlussfolgerungen ergeben sich aus dem Zusammenhang von Widerspruchs- und Funktionalanalyse des Kapitalismus auf der Grundlage von Arbeitswert- und Mehrwerttheorie. Einen Auseinanderfall von angebots- und nachfrageorientierter Betrachtung lässt die Einheit der Analyse von Produktions- und Zirkulationsprozess des Kapitals nicht zu. Bei Marx sind – modern gesprochen – mikro- und makroökonomische Sicht-

weise, kurzfristige und langfristige Analyse schwerlich von einander zu trennen. Dieses Herangehen, der Versuch einer umfassenden historischen und logischen Betrachtungsweise, scheint manchem zeitgenössischen Ökonomen doch ein Zuviel an Komplexität zu sein. Aber liegt nicht gerade darin der Vorteil gegenüber der Einfalt der herrschenden Lehre vom Homo economicus mit seiner Psychologie der Nutzenmaximierung und seinen diversen Neigungen in einer Welt voller Angebots- und Nachfragekurven?

Dieser Vortrag soll sich jedoch auf das Problem der Beschäftigungs- und Stabilisierungspolitik beschränken. Ursache der Krisen ist nicht der Nachfragemangel oder die Unterkonsumtion, sondern die Überakkumulation über jede gegebene Nachfrage hinaus. Die Konkurrenz um Marktanteile und um die Kaufkraft der Nachfrager zwingt alle Unternehmen zu Investitionen, zum Ansaugen und zur Beschäftigung von Arbeitskräften sowie zu Produktionssteigerungen, solange keine anders gerichteten Marktsignale vorliegen. Der Kreditmarkt ermöglicht diese "Blasenbildung" in Form von Überkapazitäten im realen Sektor über eine längere Zeit. Eine Koordination der Investitionsentscheidungen ist nicht nur unmöglich, sie würde von den Einzelkapitalen auch unterlaufen, um zumindest zeitweilige Vorsprünge zu erringen. Der Timelag bis zur Profitrealisierung beim Güterabsatz verhindert zudem eine kurzfristig wirksame Rückkopplungsreaktion und flexible Anpassung. Gleichgültig, wie sich die Nachfrage als Folge bestimmter Arbeitsmarktsituationen, von Tarifabschlüssen oder staatlichen Einflüssen entwickelt, die Unternehmen investieren und steigern so lange die Produktion, bis am Markt eine Überproduktion wirksam wird. Erst dann entstehen Marktsignale und damit Informationen über die Existenz von Überakkumulation. Dann ist es "zu spät" und die Korrektur kann sich nur durch das Ausscheiden von Kapital und Erwerbstätigen aus dem Verwertungsprozess vollziehen.

Steigende Löhne können Krisen, mithin Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Sagt man, so Marx, "die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie einen größeren Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, dass die Krisen jedes Mal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Anteil an dem für die Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müsste – von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, dass die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise." (Marx 1972b, 409f). Friedrich Engels bemerkt an dieser Stelle: "Ad notam für etwaige Anhänger der Rodbertuschen Krisentheorie. F.E." (Marx 1972b, 410). Ich ken-

ne kaum einen Keynesianer, der wie Kurt W. Rothschild als einer der wenigen dieser Schule genau so skeptisch wie Marx bleibt: "Die Hoffnung auf ungebrochene Vollbeschäftigung im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems wird man wohl fahren lassen müssen. Aber zur Erzielung möglichst hoher anhaltender Beschäftigung lässt sich wohl einiges tun." (Rothschild 1990, 102).

Unter den Bedingungen der Dominanz privatkapitalistischer Eigentums- und damit Entscheidungskalküle stellen Krisen also die Bedingungen zur Reproduktion immer wieder aufs Neue her, weil sie Ungleichgewichte zeitweilig beseitigen; sie sind somit notwendig. Ist es dann aber sinnvoll, über höhere Löhne und Beschäftigung nachzudenken, wenn doch scheinbar nur die Alternative höhere Beschäftigung oder höherer Lohn steht? Diese Entgegensetzung verkennt freilich, dass der Konjunkturzyklus in einer historischen Zeit existiert. Für die Arbeitnehmer ist eine auch nur zeitweilige Verbesserung ihrer Lage immer einer schicksalhaften Ergebnisvorzuziehen. Ist eine "relative Prosperität der Arbeiterklasse", wie Marx das nennt, nicht erstrebenswert, auch wenn sie nur "Sturmvogel der Krise" ist, die sich ja sowieso nicht vermeiden lässt? Immerhin dauert ein Zyklus heute um die sieben Jahre. Die Auseinandersetzung um höhere Löhne und um einen höheren Anteil an dem über den Staat umverteilten Nationaleinkommen ist also trotzdem sinnvoll und zwar nicht nur aus sozialpädagogischen Gründen zum Einüben des letzten Gefechts, wie das gelegentlich in der älteren Arbeiterbewegung gesehen wurde, sondern aus ökonomischen Gründen. Der Wert der Arbeitskraft wird neben der Produktivkraft der Arbeit in den Subsistenzmittel produzierenden Sektoren auch durch ein historisch-moralisches Moment bestimmt, die Verbesserung der Lage schafft also auch langfristig bessere Voraussetzungen im Verteilungskampf. Hinzu kommt, dass höhere Löhne natürlich höhere Nachfrage und damit wenigstens zeitweilig höhere Beschäftigung bedeuten können. So wie sich Marx über den Zynismus der Kompensationstheorie empört, nach der die "Leiden der durch die Maschinerie verdrängten Arbeiter also ebenso vergänglich wie die Reichtümer dieser Welt (seien)" (Marx 1972a, 463), so empörend ist ein Argument, das Verbesserungen der Lage von abhängig Beschäftigten gering schätzt, weil dies nur zeitweilig der Fall sei. Im Gegensatz zu Marx müssen wir heute davon ausgehen, dass es durchaus Sinn macht, für eine Wirtschaftspolitik zu streiten, mit der höhere Löhne, niedrigere Arbeitszeit und höhere Beschäftigung erreicht wird, auch wenn man mit ihm der Überzeugung ist, dass höhere Löhne nicht bedeuten, dass dauerhaft Vollbeschäftigung ermöglicht wird.

Wird von den Ursachen der zyklischen und Strukturkrisen ausgegangen, also zyklischer und struktureller Überakkumulation aufgrund der profit- und konkurrenzgesteuerten Investitionen, so muss das Schließen einer vermeintlichen Investitionslücke auf Seiten der Privatwirtschaft mit Hilfe fiskal- und geldpolitischer

Instrumente die Überakkumulationstendenz verschärfen. Vielmehr muss Kapital dem privaten, profitgetriebenen Entscheidungskalkül entzogen werden, entweder durch Investitionslenkung oder durch öffentliche Investitionen. Hohe Steuern auf hohe Einkommen dienen mithin nicht nur der Verminderung von Netto-Einkommensunterschieden, sondern auch der Erweiterung eines nicht profitgetriebenen Sektors und damit der Hemmung einer Überakkumulationstendenz.

Da eine solche Politik den Profit des nationalen Kapitals belastet, also Kapitalexport und Güterimport stimuliert, muss sie durch international wirkende Maßnahmen ergänzt werden. Laufen diese darauf hinaus, durch nationale Alleingänge Kapitalabwanderung oder Güterimporte zu verhindern oder zu erschweren, sind sie in Zeiten der Globalisierung nicht nur perspektivlos, sondern stärken eine nationalistische Position des "Wir sitzen alle im gleichen Boot" von inländischem Kapital und Arbeit gegenüber dem Ausland. Die adäquate und progressive Antwort kann nur darin bestehen, eine "internationalistische" Politik zu betreiben, d.h. eine im internationalen Raum gleichgerichtete Beschäftigungspolitik anzustreben. Jeder Schritt zu höherer Beschäftigung, sofern er nicht auf Kosten anderer abhängiger Beschäftigten, national und international geht, ist ein richtiger Schritt und stärkt ihre gemeinsame Verhandlungsmacht. Jeder Schritt, der die Konkurrenz unter ihnen verschärft, ist eine Stärkung der Position der Kapitaleigentümer.

V. Kombination der Konzepte

Schon diese knappe Skizze einer beschäftigungspolitischen Agenda (vgl. ausführlicher: Leibiger 2005) zeigt neben Unterschieden auch viele Überschneidungen von marxistischem und post-keynesianischem Herangehen. Welcher Marxist wollte ernsthaft den wirtschaftspolitischen Vorschlägen linker Keynesianer nach Verkürzung der Arbeitszeit, einer gerechteren Verteilung und mehr öffentlichen Investitionen widersprechen, selbst wenn er sie für nicht ausreichend oder für unzureichend begründet hält? Freilich: Der Marxsche Ansatz scheint insgesamt breiter und umfassender als der post-keynesianische zu sein, wenn gleich auf einzelnen Feldern die Leerstellen andersherum verteilt sein mögen.

Sobald es um Fragen des Eigentums, der Macht, der Schaffung des Reichtums, der Ausbeutung und Entfremdung geht, finden sich bei Keynes und seinen Nachfolgern kaum irgendwelche Ansatzpunkte. Geht es jedoch um die konkrete Ausarbeitung einer Beschäftigungs- und Stabilisierungspolitik im Interesse der Arbeitnehmer, dann zeigt sich, dass die marxistische Ökonomie auf post-keynesianische Überlegungen zurückgreifen kann oder muss. Dies ist umso mehr notwendig, als die Bereinigung der Marxschen

Ökonomie um Fehler und Widersprüche sowie eine Erweiterung und Modifizierung für die gegenwärtigen Bedingungen unumgänglich ist. Obwohl zum Beispiel die Rolle des Finanzsektors, des Staates, der Umverteilung, der gesellschaftlichen und privaten Formen des Konsums und des Sparens auch aus marxistischer Sicht vielfach beschrieben ist, fehlt meines Erachtens eine wirklich theoretische Integration in die Kritik der Politischen Ökonomie in einem Marxschen Sinne, d.h. anknüpfend an seine Analyse von Produktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Marx hatte das in dem 6-Bände-Plan seines Werkes (I. Das Kapital, II. Grundeigentum, III. Lohnarbeit, IV. Staat, V. Auswärtiger Handel, VI. Weltmarkt und Krisen) zweifellos vor, ein Plan, der nach wie vor seiner Verwirklichung harret. Es ist schwer vorstellbar, dass dies heute ohne Rückgriff auf Erkenntnisse von Keynes geschehen könnte.

Dr. Jürgen Leibiger ist Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden

Literatur

- Altwater, Elmar; Hecker, Rolf; Heinrich, Michael; Schaper-Rinkel, Petra (1999), Kapital.doc. Münster: Dampfboot
- Giddens, Anthony (2006), Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells, Internationale Politikanalyse Europäische Politik, Friedrich Ebert Stiftung, März 2006
- Hein, Eckhard; Heise, Arne; Truger, Achim (Hg.) (2003), Neu-Keynesianismus. Marburg: Metropolis
- Hobsbawm, Eric (1999), Der Tod des Neoliberalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 1/1999
- Marx, Karl (1972a), Das Kapital, Band I. Berlin: Dietz
- Marx, Karl (1972b), Das Kapital, Band II. Berlin: Dietz
- Laski, Kazimierz (1987), Einleitung zu: Michal Kalecki, Krise und Prosperität im Kapitalismus, Ausgewählte Essays 1933-1971, Marburg: Metropolis
- Leibiger, Jürgen (2005), Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und alternative Beschäftigungspolitik, Pankower Vorträge, Heft 73, Berlin: Helle Panke
- Samuelson, Paul A. (1967), Economics. Seventh Edition, New York: McGraw-Hill
- Samuelson, Paul A., Nordhaus, William D. (1987), Volkswirtschaftslehre 1, 12. Auflage. Köln: Bund
- Samuelson, Paul A., Nordhaus, William D. (2005), Volkswirtschaftslehre, 15. Auflage, Landsberg: Moderne Industrie
- Robinson, Joan (1972), The Second Crisis of Economic Theory, in: American Economic Review, P.a.P. vol. LXII 2
- Spiegel-Streitgespräch (2005), "Ich spiel doch nicht den Engels". In: Der Spiegel Nr. 36, Hamburg
- Stockhammer, Engelbert (2005), Marxsche Wert- und Krisentheorie. Ein Bericht aus dem angelsächsischen Elfenbeinturm. In: Grundrisse, Wien
- Zinn, Karl Georg (2006), Mit Keynes zu einer "anderen Wirtschaft". Zur Langfristperspektive keynesianischer Ökonomie. Beitrag zum Workshop "Keynesianische Ökonomie als alternative Ökonomie?" der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin, 24.-26.2006), Internet-Version
- Venice Summer Institute 2004: www.cesifo-group.de